



Sozialdemokratische Partei Deutschlands - Gemeinderatsfraktion Tübingen

Nathalie Denoix, Ingeborg Höhne-Mack, Gerhard Neth, Heinrich Riethmüller, Uli Weimer, Florian Zarnetta

An die Stadtverwaltung Tübingen

17.12.25

Antrag: Evaluation des Handlungsprogramms Fairer Wohnen

Das 2018 vom Gemeinderat verabschiedete Programm Fairer Wohnen wird entlang der fünf großen Handlungsfelder (siehe unten) evaluiert. Die Verwaltung legt dar, ob und in welchem Ausmaß das Programm entsprechend den seinerzeitigen Erwartungen erfolgreich oder teilweise erfolgreich war oder aber auch gescheitert ist. – Im Mittelpunkt steht dabei, ob durch Fairer Wohnen angesichts der Entwicklungen auf dem Bausektor allgemein sowie auf dem Tübinger Wohnungsmarkt im speziellen gerade die „dringendsten Wohnraumbedarfe“ überhaupt gedeckt werden konnten bzw. können.

Begründung:

„Mit dem Handlungsprogramm „Fairer wohnen“ wollen Gemeinderat und Stadtverwaltung erreichen, dass in Tübingen mehr Wohnraum für alle Einkommensgruppen und Haushaltsformen geschaffen wird. Es sollen nicht nur die dringendsten Wohnraumbedarfe gedeckt, sondern langfristig auch eine Dämpfung der Miet- und Baulandpreissteigerung erreicht werden. - Das Programm setzt auf differenzierte Instrumente für verschiedene Bedarfe und ein breites Angebot an Wohnmöglichkeiten. Die Bürgerschaft ist dafür ein wichtiger Partner, denn das Programm zielt auf den gesamten Wohnungsmarkt: Es legt Regeln für den Wohnungsneubau fest und setzt wichtige Anreize für eine bedarfsgerechte Anpassung und faire Nutzung des Wohnungsbestands.

„Fairer wohnen“ gliedert sich in fünf Handlungsfelder:

Wohnungsbau auf städtischen und privaten Flächen steuern
Gemeinwohlorientierte Akteure fördern
Potenziale im Wohnungsbestand nutzen
Mit den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften zusammenarbeiten
Menschen mit besonderen Schwierigkeiten am Wohnungsmarkt versorgen“

(Zitat städtische Homepage, kopiert am 17.12.25)

Die Verabschiedung von Fairer Wohnen war mit (unterschiedlich) großen Hoffnungen verbunden, den immer schwieriger werdenden Tübinger Wohnungsmarkt durch verbindliche Regelungen (z.B. Baulandbeschluss) besser in den Griff zu bekommen.

Nach 8 Jahren ist es an der Zeit, das Programm zu bewerten und, so ist zu erwarten, aus dem Ergebnis Veränderungen abzuleiten. – Diese können aus Sicht der SPD-Fraktion **z.B.** in einer Erhöhung des Anteils an geförderten Wohnungen, einer Verschärfung der Bestimmungen für Dichte und Konzepte der Bebauung (**Innen- und Außenentwicklung**) oder der Vorgaben für die Vergabe von Bauland an Dritte bestehen.

Für die SPD-Fraktion: Ingeborg Höhne-Mack, Florian Zarnetta